

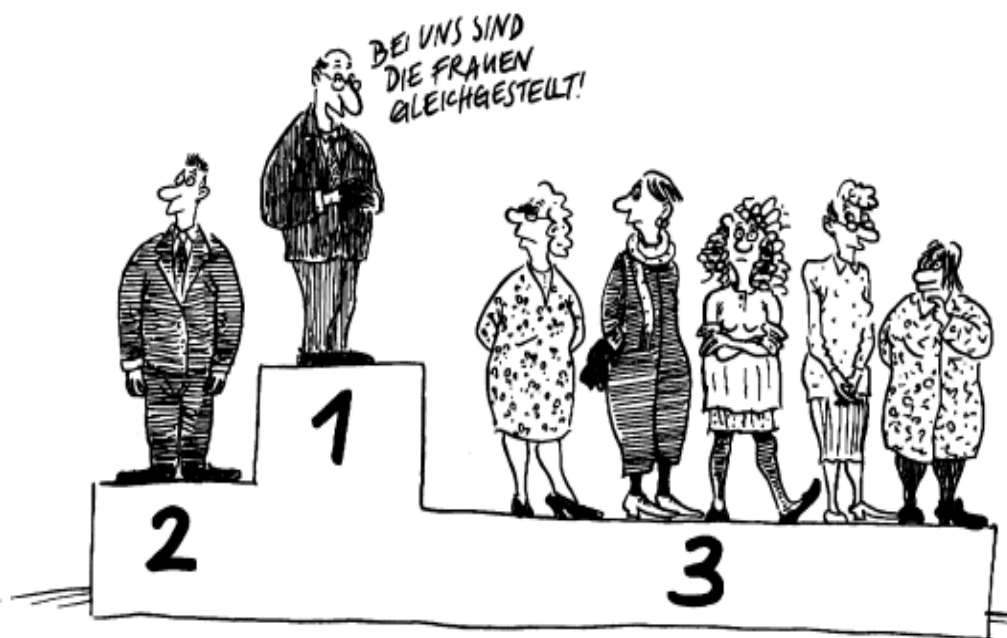
die **Arbeit**

Das Magazin des Gewerkschaftlichen LinksBlocks

Internationaler Frauentag 2006

Den **Frauen ihr Recht**

- 3** Frauen in der Gremienfalle
- 4** Wer verdient Existenzsicherheit
- 5** Unsere täglichen Pflichten
- 6** Billiges Glück
- 8** Schlussverkauf für Arbeitslöhne



Kein Fortschritt

bei der Gleichberechtigung...

Sozialpolitisch eindeutig negativ ist die Bilanz der Frauenpolitik der Regierung Schüssel. Sie weist darüber hinaus gesellschaftspolitisch eine unübersehbare reaktionäre Verschärfung auf. Damit entspricht sie dem Trend der EU-weiten und internationalen Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus.

Zitate, die alles sagen:

Ich erwarte von meiner Frau, dass dann die Familie und nicht der Beruf an erster Stelle steht ... schließlich ist es biologisch bedingt, dass sich die Frau um die Familie kümmert.

Robert Hartlauer, Unternehmer, in „New Business“

Bei der Todesstrafe und der Emanzipation der Frau darf man die Basis nicht fragen. Denn die Basis (...) ist primär reaktionär.

Bruno Kreisky, Kurier, 13. Oktober 1979

Die Frauen dürfen so wenig auf die Hilfe der Männer warten wie die Arbeiter auf die der Bourgeoisie.

August Bebel, Die Frau und der Sozialismus

Impressum:

Redaktion: Armin Delacher, Rudolf Fischer, Leo Furtlehner, Andreas Hackl, Gerhart Haupt, Oliver Jonischkeit, Hubert Schmiedbauer, Ernst Wieser, Sepp Zaunegger, Helmuth Zink

Mitarbeiterinnen dieser Nummer: Heidemarie Ambrosch, Karin Antlanger, Anita Kainz, Melina Klaus, Bärbel Mende-Danneberg, Lilian Stadler, Beatrix Todter, Claudia Klimt-Weithaler

Lektorat: Wolfgang Rohrstorfer

Fotos: GLB-Archiv, ÖGB-Fotoarchiv

Herausgeberin: Karin Antlanger

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock - GLB im ÖGB.

Grafik, Satz und Layout: Ernst Wieser

Druck: Druckerei Luigard, 1100 Wien, Johann-Pölzer-Gasse 3.

Redaktionsadresse: Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugogasse 8.

Mail: glb@aon.at

Web: www.glb.at

Bestellungen: Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

Jahresabo: 20 Euro. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG, BLZ: 14000, Kontonummer: 03410 665 190

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. Februar 2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 3. April 2006

mit dem Schwerpunkt: 60 Jahre Verstaatlichtengesetz
LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

Kontakt

GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien,
0664/6145012, www.glb.at,
helga.pruckmoser@oegb.at

GLB im ÖGB

Hohenstaufengasse 10-12, 1010
Wien, 01/53 444-308,309
oliver.jonischkeit@oegb.at

GLB in der GdE

Margaretenstraße 166, 1050
Wien, 01 / 54641-220,
www.glb.at/eisenbahn
ernst.wieser@eisenbahner.at

GLB in der GdG

Elterleinplatz 6/2.Stock, 1170
Wien, 01 / 4076936,
glb.gemeinde@aon.at
www.glb-gemeinde.at

GLB in der GPF

Adresse siehe GLB im ÖGB,
0664 / 465 33 83

GLB in der GMT

siehe GLB im ÖGB,

GLB in der GPA

siehe GLB im ÖGB
www.glb-gpa.at

GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100
St.Pölten, 02742 / 710 74-0,
noe@kpoe.at

GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz
0732 / 652156, glb@aon.at

GLB-Steiermark

Lagergasse 98 a, 8021 Graz
0316 / 71-24-36, glb.stmk@kpoe-
graz.at

GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg,
0662 / 87-22-44, glb.salzburg@aon.at

GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck,
0699 / 81732423, glb@glbtiroel.info
www.glbtirol.info

GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach,
04242 / 31091, glb@kpoe-
villach.at

Frauen in der Gremienfalle

Von Karin Antlanger

Ob Muttertag, Frauentag, Valentinstag – sie alle haben eines gemeinsam: Die Medien sind einen Tag lang voll mit Erklärungen, welchen Ursprungs dieser Tag ist, woher er kommt, was an diesem Tag ausgedrückt werden will und was erreicht werden soll und dass wir alle nett zueinander sein sollen.

Auch wenn der Internationale Frauentag (noch) nicht verkommerzialisiert ist, so läuft auch dieser schon sehr ritualisiert ab. Die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen verteilen in vielen Betrieben die obligaten roten Billig-Import-Nelken, GLB und KommunistInnen machen dies zumindest in Verbindung mit der Verteilung inhaltlicher Folder, die ÖVP gibt staatsmännische Erklärungen zum Thema ab, die Grünen werden in der Frauenfrage von Jahr zu Jahr lahmer und selbst die autonome feministische Szene zieht sich mehr und mehr in ihr Schneckenhaus zurück. Vorbei die Zeiten starker bunter Demonstrationen und Veranstaltungen zum 8. März – der gesellschaftliche backlash hat die Frauenbewegung mit der vollen Breitseite erwischt.

Zu Zeiten einer Johanna Dohnal als Frauenstaatssekretärin standen noch Forderungen wie die nach einer Entfernung aller (billigeren) Frauenlohngruppen aus den Kollektivverträgen auf der Tagesordnung. Heute, rund zwanzig Jahre später, haben wir zwar keine Frauenlohngruppen mehr, dafür aber frauendominierte Branchen, wie die der Sozial- und Gesundheitsberufe, in denen generell schlecht bezahlt wird.

Wenn nach wie vor die Rede davon ist, dass die Einkommensschere immer weiter auseinanderklafft, so liegt dies nicht nur daran, dass Branchen mit hohem Lohnniveau für Frauen weiterhin nicht zugänglich sind (z.B. Metaller-KV), sondern auch daran, dass die Frauengremien des ÖGB oder der einzelnen Gewerkschaften als Sackgassen konstruiert sind: Zum Einen sind es meist Gremien, die kaum über Entscheidungskompetenz verfügen und somit zwar ein wenig diskutieren dürfen, aber mehr schon nicht. Zum Anderen

verlieren engagierte Frauen binnen Kürze jegliches Interesse an einer Delegation in gewerkschaftliche Frauenausschüsse jedweder Art, da sie bald erkennen müssen, dass sie für jedes Gremium damit praktisch beinahe einen doppelt so hohen Zeitaufwand haben wie ihre männlichen Kollegen und die Entscheidungen dann eh nur in den gemischt geschlechtlich besetzten Gremien fallen.

Wenn Frauen immer noch den größeren Teil an der gesellschaftlichen Reproduktionsarbeit (Haushalt, Kindererziehung etc.) leisten, wenn daraus abgeleitet wird, dass sie deswegen „natürlich“ auch weniger Zeit und Interesse für Gewerkschaftsarbeit haben können, dann wird ihnen allein aufgrund ihres Geschlechts auch noch zugemutet, dass sie sich z.B. nicht nur in einen Regionalvorstand einer Gewerkschaft wählen lassen, sondern sich auch noch zusätzlich in den dazugehörigen Frauenregionalvorstand delegieren lassen, der aber eh nichts entscheiden kann...

Vielleicht sollten wir die alte Redensart der feministischen Frauenbewegung, die da sinngemäß hieß: „...die Frauen tragen den Großteil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ...“ umwandeln und im Hinblick auf die Alltagspraxis in der Gewerkschaftsarbeit modifizieren: „... die Frauen sind nicht mehr gewillt, einen großen Teil ihrer Arbeit in gesellschaftlich nicht notwendigen Gremien zu leisten ...“.

Karin Antlanger, Juristin und Sozialpädagogin, BRV EXIT-sozial Linz, GLB-Bundesvorsitzende



95 Jahre internationaler Frauentag

Initiiert von Clara Zetkin (1857 - 1933) fand am 19. März 1911 das erste Mal ein international ausgerufenen Frauentag in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Millionen Frauen beteiligten sich.

Seit 1921 wird der Internationale Frauentag am 8. März begangen. Dieser Tag ist traditionell ein Kampftag für Frauenrechte und erinnert an den Textilarbeiterinnenstreik von 1908: In New York kamen damals 129 Arbeiterinnen, die vom Fabrikleiter eingeschlossen worden waren, bei einem Brand ums Leben.

Die ursprünglichen Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen (höheren Löhnen bzw. Mindestlöhnen, gleichen Lohn bei gleicher Leistung, 8-Stunden-Tag), bessere Wohn- und Lebensbedingungen und Wahl- und Stimmrecht, ausreichenden Mutter- und Kinderschutz sind heute (leider) noch immer aktuell.

Wer verdient

Existenzsicherheit?

Ein Diskussionsbeitrag
von Melina Klaus



Die erlebte Prekarisierung, der erlebte Gang aufs Sozialamt, die erlebte Arbeitssuche, die erlebte Suche nach Betreuungs- oder Pflegeeinrichtungen, die gelebte Planungsunsicherheit in befristeter Beschäftigung, ... gerade Frauenalltag macht deutlich wie drängend und dringend die Frage nach sozialer- und Existenzsicherheit gestellt werden muss! Also, wie jetzt? Wie jetzt auf Prekarisierung, Unsicherheiten, Nöte reagieren? Wie soziale Absicherung gewährleisten? Wer „verdient“ sich wie den Anspruch darauf?

Die Bruttogehälter erwerbstätiger Frauen und Männer entwickeln sich stetig auseinander. 70 Prozent der Beschäftigten, die trotz Lohnarbeit über kein existenzsicherndes Einkommen verfügen sind Frauen. Die durchschnittliche Eigenpension von Frauen liegt bei 680 Euro. Atypische Beschäftigung ist Frauensache. 37 Prozent aller erwerbstätigen Frauen arbeiten Teilzeit. Ein halbwegs sinnvoller, ordentlich bezahlter und einigermaßen sicherer Job gilt hierzulande als Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum, am gesellschaftlichen Leben. Von derartigen Arbeitsplätzen - oder überhaupt irgendwelchen - können derzeit allzu viele nur träumen. Freilich waren solche „Normalarbeitsverhältnisse“ auch früher schon vielen vorenthalten. Für die Mehrheit der Frauen und MigrantInnen war Prekarität immer der Normalzustand, die Teilhabe immer brüchig.

Doch „Arbeit“ lässt uns teilhaben und auch wieder nicht! Kapitalistisches wirtschaften macht nämlich gleichzeitig vor allem eines: Es koppelt uns ab von der bewussten Verfügung über unsere Lebensbedingungen, über gesellschaftliche Prozesse. Teilzeit-, Teilentgelt-, Teilsicherheit, „Halbtagskultur“ auf der einen, Überstunden ohne Ende - meist

pauschal abgegolten - auf der anderen Seite. Und jeweils gilt: Die Wenigsten haben die Wahl. Machen wir doch also diesen Umstand zur Abwechslung mal zum Hauptproblem! Nicht unbedingt an Flexibilisierung oder Reduzierung von Arbeitszeit(en) leiden wir, sondern an den herrschenden Rahmenbedingungen. Diese zu verändern, hat das bedingungslose Grundeinkommen bestechendes Potenzial. Die Diskussion darüber muss eröffnet werden. Grundeinkommen soll nicht lediglich ein Mittel sein, Armut zu verhindern. Kann/Soll nicht als Bezahlung bisher unbezahlter Arbeit dienen, kann nicht Hierarchien in der Bewertung von Leistung überwinden. Darf nicht arbeitsmarktpolitische Maßnahmen oder die Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung ersetzen, nicht Gewerkschafts- oder Tarifpolitik. Doch ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte vor allem dreierlei:

Umverteilen - mittels veränderter Steuerpolitik.

Umwälzen - das System der repressiven Sozialleistungen, des Arbeitszwanges etc.

Erweitern - die Möglichkeiten zu Entscheidung und Wahlfreiheit.

Sind doch die Lebenswirklichkeiten von Frauen unter anderem davon gekennzeichnet, dass sie mit Einschränkungen und Erwartungen konfrontiert sind. Vereinbarkeitsgebot, Doppelbelastung, vergeschlechtlichte Tätigkeitsfelder und Tarifpolitik, Abbau gesellschaftlicher Verantwortung, öffentlicher Möglichkeiten für Kinder-, Alten- und Pflegebetreuung – dies alles auch unter dem Vorzeichen der Prekarisierung und Flexibilisierung – markieren die strukturellen und kulturellen Rahmenbedingungen des Frauenalltags. Halbtagskindergärten, Halbtagschulen, Pflegenotstand, Teilzeitarbeitsmarkt, Teilentgelt, Ehe- und Familienbezogenes Wohlfahrtssystem lassen keine Wahl. Grundeinkommen könnte Existenzsicherheit und Entscheidungsmöglichkeiten bieten, im Zusammenhang mit der je eigenen Lebensplanung, losgelöst von der je eigenen Stellung am Erwerbsarbeitsmarkt. Es birgt die Chance, Rahmenbedingungen, Wahlmöglichkeiten und Wünsche zu verändern.

Da war doch noch was! Leben sieht unsere Meinung nach anders aus – ein selbstbestimmtes Leben allemal. Wie würde ein Grundeinkommen Ihr Leben verändern?

Melina Klaus absolvierte ein Studium der Pädagogik und Germanistik im zweiten Bildungsweg und arbeitet zur Zeit als Sozialpädagogin in Wien.

Unsere täglichen Pflichten

An die hierarchische - also patriarchale Struktur unserer Arbeitswelt haben wir uns schon derartig gewöhnt, dass eine Alternative dazu kaum mehr denkbar ist. Es gibt „die Chefetage“ (meistens von Männern besetzt), es gibt Führungskräfte (Hundeführer? Oder gar Führer?) – deren Qualifikation oft genug mehr als nur diskutabel ist - vielleicht noch ein „mittleres Management“ usw. bis ganz nach unten in Bereiche, in denen die Frauenquote dann überproportional zunimmt, wo es kaum noch Rechte gibt, aber viele Pflichten. Diese Pflichten nehmen in letzter Zeit immer mehr zu, denn neben der normalen Arbeitsleistung hat die Dienstnehmerin inzwischen auch noch die Pflicht „glücklich zu sein“, dass sie noch einen Arbeitsplatz hat. Die Pflicht: „Pap´n hoitn, sonst wirst ausgetauscht“ und die Pflichten, alle Reformen (Pension) und Neuregelungen (längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, also einen gesetzlich abgeseigneten Lohnraub) zu verstehen und gutzuheißen.



Es gibt aber neben den Strukturen auch noch den „patriarchalen Blick“. Wozu kannst du mir nützen, wozu kannst du mir dienlich sein? Dieser Blick ist eine ziemlich brutale Realität in unserer Arbeitswelt. Immer wieder beglücken uns Unternehmen (BA-CA, Mercedes, Post usw.) mit sauteuren, ganzseitigen Inseraten in Tageszeitungen, in denen sie uns ihre Gewinnsteigerung plakativ vor Augen führen. Meistens erfahren wir kurz später, dass eben diese Unternehmen Hunderte bis Tausende Menschen entlassen haben oder werden. Und jetzt sehen wir uns diesen „Blick“ noch einmal an: Diese Menschen „waren“ nützlich - sind aber nicht mehr dienlich - also weg mit ihnen. Sie haben zwar ein Unternehmen mit aufgebaut, am Laufen erhalten und in die schwarzen Zahlen gebracht, aber jetzt sind sie überflüssig geworden. Eine Steigerung des Aktienkurses ist mit der gesamten Belegschaft nicht mehr möglich. Und: „Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage und zur Sicherung des Standortes (Politikerbla- bla-bla...), müssen wir leider ...!“

Gekündigt werden aber selten die Großverdiener, die Mitglieder der Chefetage - deren Gehaltseinsparung meist mehr bringen würde, sondern die Arbeitnehmerinnen der unteren und untersten hierarchischen Ebene (interessanterweise belegt der Kredit-

schutzverband, dass an die 70 Prozent der Insolvenzen durch schwere Managementfehler entstehen). Die „Verbliebenen“ müssen dann halt ein „bisslerl“ mehr arbeiten, damit es keine Einbrüche bei der Produktivität gibt (...die Verlängerung der Tages/Wochenarbeitszeit sichert Arbeitsplätze... - Wirtschaftskammer- und Politikerlüge des Jahres 2005). Wir dürfen ja die „Aktie“ (goldenes Kalb des Turbokapitalismus) nicht aus den Augen verlieren! Auch wenn „DIE AKTIE“ im Deutschen weiblichen Geschlechts ist, ist mir das frauenpolitisch zu wenig.

Ein seit Jahrzehnten propagierter Blödsinn zu diesem Thema ist auch der Slogan: „Geht´s der Wirtschaft gut, geht´s uns allen gut!“ Umgekehrt ist richtig: „Wenn´s uns gut geht, geht´s auch der Wirtschaft gut!“ Ansonsten geht´s nämlich nur den Wirtschaftstreibenden super. (Wen treiben sie überhaupt? Treiben sie die Wirtschaft? Wieso geht´s ihr dann nicht gut, wenn alle doch so fähig sind? Oder treiben sie eher das Freiwild „Arbeitnehmerinnen“?). Und denen geht es jetzt - in dieser für die Wirtschaft ach so tristen Situation - noch immer bombig! Es gibt ja noch immer Länder, in denen billiger produziert werden kann. (Siemensargumentation 2004 zur Anhebung der Wochenarbeitszeit: „Sonst müssen wir

mit der Produktion abwandern!“ Es könnte sich ja die Gewinnspanne verringern und das darf nicht sein)

Es geht also in „Sieben-Meilen-Stiefeln“ zurück ins 19. Jahrhundert. Haben Frauen bis jetzt „nur“ weniger verdient als Männer, werden sie in letzter Zeit mehr und mehr aus dem Arbeitsprozess hinausgedrängt. Frauen, zurück an den Herd! Der Mann muss ja immerhin eine Familie erhalten, also ist sein Arbeitsplatz wichtiger. Der Frau bleibt ja immer noch die unbezahlte Reproduktionsarbeit in der Familie, sie kann sich den Kindern und dem Wohlergehen des Mannes widmen, das ist bei Frauen ja genetisch veranlagt (???), das „Dienende“ liegt ihr im Blut (???) und bis jetzt ging sie ja nur arbeiten, damit ihr zu Hause die Decke nicht auf den Kopf fällt, weil die Kinder schon ihrer eigenen Wege gehen, oder zum Dazuverdienen. Mit Selbständigkeit und Unabhängigkeit hat Frauenarbeit doch nichts zu tun!

Na Hallo! Wo bin ich da bitte? Immerhin bleibt mir das Recht, den Protagonisten einer solchen Einstellung auch noch meine Wählerinnenstimme zu geben, denn das Wahlrecht will „mann“ uns ja (noch) nicht entziehen.

Beatrix Todter ist med. tech. Fachkraft im Kaiserin-Elisabeth-Spital, GLB-AK-Rätin und GLB-GdG-Personalvertreterin in Wien

Billiges Glück

Von Bärbel Mende-Danneberg



Wahrhaben möchte es niemand, aber es wird kommen: Wohin mit uns im Alter? Ab ins Siechenheim, in eine Alten-WG, ins Pensionistenheim oder so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden? Aussuchen werden es sich die meisten nicht können, denn das ist letztlich auch eine Geldfrage. Sicher ist, dass sich die Zahl der über 80-Jährigen in zehn Jahren verdoppelt haben wird, und schon heute wird uns der Pflegekollaps prophezeit.

Als Maßnahme gegen die düstere Altenzukunft wird uns die Pflegeversicherung oder die private Eigenvorsorge offeriert, für die immer mehr Menschen immer weniger Geld haben werden. Und in letzter Zeit wird verstärkt um den Liebesdienst an Angehörigen zu Gottes Lohn geworben. Seit fast drei Jahren leiste ich diese schöneredete Pflege zu Hause an meiner fast 94-jährigen demenzkranken Mutter. Mit ihren vier Kindern war sie nie berufstätig, ihre kleine Rente und Witwenpension reichte nicht für eine private Eigenvorsorge, um in einer noblen Altenresidenz ihren Lebensabend zu verbringen. Also ich. Heute ist meine verwirrte, gebrechliche Mutter ein Pflegefall rund um die Uhr. Manchmal redet sie mich mit „Mutter“, manchmal mit „Sie“ an. Nachts stehe ich etliche Male auf, um sie „trocken zu legen“ und wieder ins Bett zu bringen. Ich dusche sie, ziehe sie an, mache Mund- und Körperpflege, ich koche für sie und wasche ihre Wäsche, ich reiche ihr die Medikamente und fahre mit ihr spazieren, ich betreue sie bei Arztbesuchen, tröste sie, wenn sie traurig ist und fürchte mich jeden Morgen davor, sie tot im Bett liegen zu sehen. Dafür erhält meine Mutter 410 Euro Pflegegeld, und das reicht noch nicht einmal für Betreuungsdienste, die ich zukaufe, damit ich einmal einkaufen gehen kann oder abends ins Kino. Eine Erhöhung durch die bundesdeutsche Postbeamtenkrankenkasse, bei der meine Mutter pflegeversichert ist, wurde abgelehnt. Denn aus-

schlaggebend dafür sei die totale Bettlägerigkeit oder wie oft mit fremder Hilfe der Löffel zum Mund oder die Windel gewechselt werden muss. Die psychische Belastung durch die Rundumbetreuung zählt nicht. Meine Mutter ist glücklich und dankbar für jeden Handgriff. Manchmal habe ich Angst, seltsam zu werden in diesem pflegenden Kreislauf und der täglichen Isolation.

Ich bin eine brave Tochter, denn als diplomierte Krankenschwester weiß ich, wie es in den öffentlichen Pflegeheimen oft zugeht: Sparen beim Personal, also Dreiliter-Windeln bei Inkontinenz; sparen an Decubitus-Matratzen, also Druckgeschwüre; sparen an der Ausstattung, also baden in Baumgarten 70 Pflegepatienten in der selben Wanne und schlafen die Pflinglinge in Sechsbettzimmern; sparen an Zeit für Zuwendung, also Dahindämmern ... (siehe dazu Werner Vogt, „Reise in die Welt der Altenpflege“, Edition Steinhauer).

Das ist überhaupt das modische Zauberwort des Staates: Sparen oder Public Private Partnership (PPP). Deshalb werden öffentliche Dienstleistungen ausgelagert und die Alten in den privaten vier Wänden endgelagert. 80 Prozent der Pflege wird im familiären Umfeld meist von weiblichen Angehörigen geleistet. Die von Bürgermeister Häupl nach dem „Lainz-Skandal“ versprochene Pflegemilliarde ist noch immer ausständig.

Es liegt nicht an uns – oder doch? Von Heidi Ambrosch

Wer kennt sie nicht, aus den Zeitschriften, aus dem TV – die Karrierefrau: Sie hat es geschafft, sie gehört zu den Top-VerdienerInnen. Frauen können das genauso, wird uns da suggeriert und unser Selbstwertgefühl rutscht in den Keller. Manche haben sogar ein oder mehrere Kinder. Mit entsprechender Arbeitsteilung natürlich – nein, nicht mit dem meist ebenfalls karrieremäßig unterwegs seienden Mann, sondern mit einer von uns, die für wenig Lohn den Haushalt und die Kindererziehung schupft. In nicht wenigen Fällen ist es eine hoch qualifizierte Frau aus dem Osten. Siemens-Chefin Brigitte Ederer hat auf ihren Kinderwunsch verzichtet: Der Preis von Frauen, die Karriere machen wollen, auch eine dieser Botschaften, die da so ankommen.

Versuchen Sie jetzt nur nicht aufzuzählen, welche Qualifikationen Ihnen dazu fehlen würden. Denn es ist nicht ausschlaggebend, ob Sie einen Hochschulabschluss haben. Eine AK-Studie zeigt auf: „Frauen sind in den Führungsetagen österreichischer Unternehmen nur mit der Lupe zu finden: Nur 24 Frauen – das sind 2,9 Prozent – erreichten eine Spitzen-

position in 22 der untersuchten 379 Unternehmen. Anders ausgedrückt: In 357 Unternehmen – das sind 94,2 Prozent – gibt es keine Top-Managerinnen.“ Wahrscheinlich kennen Sie - wie die große Mehrheit der Frauen - das Gefühl, sich Tag für Tag abzustrudeln, und trotzdem reicht's vorn und hinten nicht. Die Löhne halten schon lange nicht mehr mit der Teuerung mit. Immer mehr Frauen finden nur mehr in Teilzeitarbeit oder sogar nur in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen ihr Einkommen, das zum Auskommen zu wenig ist. Es liegt an uns, diese Politik zu wählen. Wir haben durch unser aller Arbeit, insbesondere der vielen unbezahlten Frauenarbeit im Haushalt, bei der Kindererziehung oder in der Pflege, aber auch der viel zu gering bezahlten Frauenarbeit im Berufsleben, heute einen vielfach größeren gesellschaftlichen Reichtum als noch vor 30 Jahren. Frauen haben das Recht, ihren Anteil daran zu fordern! Stellen Sie sich nur einen Tag vor, an dem alle Frauen ihre Arbeit niederlegen!

H. Ambrosch ist Angestellte in Wien und in verschiedenen feministischen Zusammenhängen aktiv.

Von Claudia Klimt-Weithaler

Internationaler Frauentag

Mädchen wachsen heute in dem Gefühl auf, dass sie gleichberechtigt sind und ihnen später alle Türen offen stehen. Die Frauenbewegung erscheint ihnen antiquiert, deren Ziele sind ja vermeintlich schon erreicht. Das böse Erwachen kommt nach dem Schulabschluss, bei Studentinnen nach dem Examen: ihre Berufs- und Aufstiegschancen sind schlechter, Frauen bekommen für gleiche Arbeit weniger Geld als ihre männlichen Kollegen.

Durch Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse weitet sich die Ungleichheit in der Einkommensverteilung aus. 37,1 Prozent der Frauen sind teilzeitbeschäftigt, jedoch nur 3,9 Prozent der Männer. Die Einkommen von Frauen lagen 2003 bei 67,2 Prozent der Männereinkommen – der Abstand war um 1,5 Prozentpunkte größer als Mitte der 90er Jahre. Frauen werden weltweit benachteiligt, auch

in unserer Gesellschaft ist dies eine Tatsache. Für viele Frauen steht Gewalt an der Tagesordnung.

Der Internationale Frauentag entstand im Kontext der ArbeiterInnenbewegung. 1911 fanden dazu in Österreich erstmalig Veranstaltungen statt. Mehr als 20.000 Frauen forderten in einer Demonstration auf der Ringstraße in Wien die Einführung des Frauenwahlrechtes. Verboten wurde er unter

den Nazis, entpolitisiert in den Nachkriegsjahren. Ende der 60er Jahre entwickelte er sich wieder zu einer wichtigen Plattform der Frauenbewegung, in der frauenspezifische Unterdrückung angeprangert und Bedürfnisse lautstark und kreativ formuliert wurden. Auch heute noch steht der Frauentag für die Durchsetzung elementarer Rechte von Frauen, unabhängig von Alter und Herkunft!

Wir brauchen eine Frauenpolitik mit Mut zur Utopie. Wir müssen auf unsere eigenen Bedürfnisse hören und sie nicht Sachzwängen unterordnen! Mut zur Utopie heißt auch, Alternativen zu entwickeln und auszuprobieren und sich mit Menschen, die gesellschaftliche Veränderungen anstreben solidarisch auseinander zu setzen. Wir brauchen eine Frauenpolitik, die Maßnahmen setzt – Plakatwände mit Frauenthemen sind allein zu wenig! Bei Einrichtungen und Projekten, die Mädchen und Frauen beraten und unterstützen, darf nicht der Sparstift angesetzt werden! Wir brauchen flächendeckende, hochwertige und leistbare Kinderbetreuungseinrichtungen! Wir brauchen eine Frauenpolitik, die an den Lebensrealitäten der Frauen ansetzt: Schon vor über 200 Jahren formulierte die Frauenrechtlerin Olympe de Gouges: „Dass auch die Menschenrechte ein Geschlecht haben!“

Letztendlich muss unser Ziel eine Gesellschaft sein, in der das Geschlecht keine Rolle mehr spielt, weil wir alle, Frauen, Männer und Kinder unseren Bedürfnissen entsprechend gleich behandelt werden!

Claudia Klimt-Weithaler ist Leiterin der Kinderkrippe des Vereins „Modellino“ in Graz und KPÖ-Landtagsabgeordnete in der Steiermark.



BERUF UND FAMILIE DÜRFEN KEIN WIDERSPRUCH SEIN!

Die Forderungen der AK:

- Recht auf Elternteilzeit auch für Beschäftigte in Kleinbetrieben
- Wahlmöglichkeit für Eltern: 2 1/2 bzw. 3 Jahre normales Kinderbetreuungsgeld oder mehr Kinderbetreuungsgeld in einem kürzeren Zeitraum
- Erleichterung des Zuverdienstes zum Kinderbetreuungsgeld

wien.arbeiterkammer.at

AK WIEN

DIE KANN WAS.

Winter- und Sommerschlussverkauf für Arbeitslöhne

Von Lilian Stadler

Schnäppchenjagd für Unternehmen aller Art: Den Anfang macht die Bolkestein „EU-Dienstleistungsrichtlinie“, wonach der Anbieter das Arbeitsentgelt entsprechend den Sozial-Standards seines Herkunftslandes gestalten kann. Im Klartext hieße das, dass alle arbeitsrechtlichen Vereinbarungen, alle erkämpften Rechte der österreichischen Arbeiterinnenbewegung außer Kraft gesetzt werden können. Obwohl es eine breite Protestwelle dagegen gab, soll noch während der österreichischen EU-Präsidentschaft diese Richtlinie beschlossen werden.



Doch Wirtschaftsminister und Millionär Bartenstein wollte da nicht hintan stehen und überraschte mit zwei weiteren gesetzlichen Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit seiner Klientel zu garantieren:

Zum Einen gibt es seit Jänner dieses Jahres den so genannten „Dienstleistungsscheck“, dem zu Folge jedeR ihre/seine Putzfrau mittels in Trafiken oder Postämtern (wie lange noch?) erworbenen Schecks anstelle Bargeldes entlohnen kann. Damit will Bartenstein der Schwarzarbeit einen Riegel vorschieben und die Arbeitslosigkeit zurückdrängen.

Zum Zweiten gibt es ab heuer auch noch den „Kombilohn“ für Langzeitarbeitslose bis 25 und ab 45 Jahren. Jobs, die so schlecht bezahlt werden, dass niemand davon leben kann, werden mit dem halben staatlichen Notstandsgeld (bis 1.000,- Euro) aufgepöppelt und zusätzlich sollen die UnternehmerInnen noch eine 15-prozentige Prämie für jede Anstellung kassieren.

Das sind die Beschäftigungsoffensiven unserer Regierung. Noch mehr prekäre Beschäftigung anstelle von existenzsichernden Arbeitsplätzen. Ein Hohn angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen. Ein Hohn für eines der reichsten Länder der Welt.

Lilian Stadler ist Angestellte in Wien und GLB-Aktivistin



Leserinbrief:

An die zuständige Ministerin

...für wie dumm halten Sie uns PensionistInnen eigentlich? In den letzten Jahren sind unsere Pensionen ständig im Wert gesunken. Die Pensionsanpassung im Wahljahr 2006 gleicht diesen Verlust in keiner Weise aus.

Ihre Broschüre - mit Steuergeldern finanziert - ist vollkommen überflüssig, da wir PensionistInnen von der Pensionsversicherung bestens betreut und informiert werden.

Im übrigen schicken Sie diese Broschüre auch an Personen, die noch gar nicht in Pension sind. Die Rechnung für diese Steuergeldverschwendung wird am Wahlsonntag präsentiert.

Anita Kainz

die Arbeit - Sonderausgabe Frauentag

GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der
„OBSERVER“
Österreichs größter Medienbeobachter